

Chemikalien im Wasser?

BUND kritisiert, wie Merck weiter Abwasser entsorgen darf

Veröffentlicht am 15.05.20 um 11:42 Uhr



Abwasser fließen auch durch den Landgraben. Bild © Conny Bächstädt/hr

In 80 Meter Tiefe kann man sie immer noch messen: Reste von Chemikalien im Hessischen Ried. Nun hat der Konzern Merck die Erlaubnis, sein Abwasser weitere 15 Jahre in Gewässer zu leiten - obwohl nicht klar ist, ob sich darin giftige Chemikalien befinden.

Von Anna Vogel

Rund 25.000 Produkte stellt der Technologie- und Pharmakonzern Merck an seinem ältesten Standort in Darmstadt her. Dabei fällt auch jede Menge Abwasser an. Dieses wird seit den 1960er Jahren in einer konzerneigenen Kläranlage aufbereitet, Merck leitet es dann in den Darmbach. Die entsprechende Genehmigung dazu hat das Regierungspräsidium Darmstadt mit Beginn dieses Jahres um weitere 15 Jahre verlängert.

Trinkwasser fürs Rhein-Main-Gebiet

Das Wasser aus dem Darmbach fließt durch den Landgraben in den Schwarzbach und schließlich in den Rhein. Auf diesem Weg durchströmt es das Hessische Ried, dessen Grundwasservorkommen für die Trinkwasserversorgung der Rhein-Main-Region als sehr bedeutend gilt.

Darauf geht auch das Regierungspräsidium in dem aktuellen Erlaubnisbescheid für Merck ein, der öffentlich einsehbar ist. Für das Hessische Ried gelte deshalb, die stoffliche Belastung der Fließgewässer zu vermindern, heißt es in der Spurenstoffstrategie des Umweltministeriums. Der Zustand des Wassers dürfe sich nicht verschlechtern, nur verbessern.

Unbekannte Stoffe in 80 Metern Tiefe

Merck ist deshalb seit diesem Jahr dazu verpflichtet, weitere regelmäßige Messungen am Ablauf seiner Reinigungsanlage durchzuführen. Für eine Liste von Schadstoffen - darunter PFOS, Quecksilber und Blei - sind Höchstwerte und Emissionsgrenzwerte festgehalten. Ausnahmen für Überschreitungen der Werte, zum Beispiel wenn Anlagenteile repariert werden, sind auch festgelegt. Doch es gibt auch eine ganze Reihe von Chemikalien im Abwasser von Merck, die bisher überhaupt nicht erfasst sind. Das legt eine Studie des Hessischen Landesamtes für Naturschutz, Umwelt und Geologie (HLNUG) aus dem Jahr 2015 nahe.

Laut dieser Studie sind in einer Stichprobe 235 Stoffe in einem Tiefbrunnen des Wasserwerks Dornheim festgestellt worden, die dem industriellen Abwasser von Merck zugeordnet werden können - in 80 Metern Tiefe. Das Umweltministerium bestätigt, dass noch immer kaum etwas über diese Stoffe bekannt ist: "Es gibt derzeit noch keine Kenntnisse, um welche chemischen Verbindungen es sich handelt und welche toxikologische oder ökotoxikologische Bedeutung sie haben."

"Widersprüchlich und rechtswidrig"

Nichtsdestotrotz hat das Regierungspräsidium den neuen Erlaubnisbescheid genehmigt. In der schriftlichen Begründung heißt es sogar: "Durch die gestellten Anforderungen und Auflagen dieses Erlaubnisbescheids ist sichergestellt, dass keine schädlichen Gewässerverunreinigungen zu erwarten sind (...)."

Für Hans-Joachim Grommelt, Sprecher des Arbeitskreises Wasser beim Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), ist diese Aussage widersprüchlich. Denn wenn die Verbindungen nicht identifiziert worden seien, könne folglich auch nicht sichergestellt werden, dass sie keine schädlichen Verunreinigungen bewirken können.

BUND: "Am Kern des Problems vorbei"

Damit konfrontiert verweist das Umweltministerium darauf, dass Merck die Auflage bekommen habe, dauerhaft zehn bis zwanzig neue Stoffe zu quantifizieren, die bisher wasserrechtlich nicht geregelt seien. Anhand derer würde dann die Gefährdung abgeschätzt werden. Aus Sicht des BUND geht das "am Kern des Problems vorbei, da diese Stoffliste keinen Bezug zu den unbekanntem Chemikalien im Trinkwasser hat". Schließlich habe die Studie aus dem Jahr 2015 deutlich gemacht, dass tausende Stoffe mit dem Abwasser von Merck in den Darmbach gelangten und ein Teil davon sogar bis in tief gelegene Trinkwasserbrunnen vordringen konnte.

Weitere Beispiele, wie zum Beispiel der Fall eines Biobauern in Wallerstädten bei Groß-Gerau, der seinen Spinat wegen eines Abfallstoffs von Merck - Dikegulac - in seinen Beregnungsbrunnen nicht mehr verkaufen konnte, zeigen ebenfalls die weite Ausbreitung.

BUND prüft rechtliche Schritte

In einer gemeinsamen Stellungnahme des Umweltministeriums und des Regierungspräsidiums Darmstadt heißt es, der Bescheid für die nächsten 15 Jahre sei nicht endgültig: "Änderungen aufgrund neuer Erkenntnisse oder Anpassungen der Bescheide an den Stand der Technik sind jedoch jederzeit möglich und gegebenenfalls auch erforderlich."

Hans-Joachim Grommelt vom BUND hat wenig Hoffnung, dass entscheidend nachgebessert wird. Schließlich sei seit der Publikation der Studie 2015 kaum etwas passiert. Er findet, Merck würde "mit der Duldung von Behörden" seit Jahrzehnten schon das Grundwasser verunreinigen. Er sieht den aktuellen Erlaubnisbescheid für Merck als rechtswidrig an. Ob der BUND rechtliche Schritte einleiten wird, werde gerade noch geprüft.

Quelle: [hessenschau.de](https://www.hessenschau.de)